

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	25
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	397/2022
		GZ:	OBM
Sitzungstermin:	08.07.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Haupt / pö		
Betreff:	Klimaneutralität 2035		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeister vom 01.07.2022, GRDRs 397/2022, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat beschließt das Ziel, gemeinsam mit allen anderen Akteuren der Stadtgesellschaft die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimaneutralität in Stuttgart bis zum Jahr 2035 zu erreichen. Bis 2030 wird der CO₂-Ausstoß gegenüber 1990 um 80 % reduziert. Der CO₂-Reduktionspfad wird mit dem Ziel für die Energieeinsparung und den Ausbau der erneuerbaren Anteile am Endenergieverbrauch entsprechend angepasst.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die folgenden Zielbeschlüsse des Gemeinderats für das Jahr 2022 umzusetzen:
 - Förderprogramm Beleuchtungssanierung
 - Fortführung des Förderprogramms zum Austausch alter Ölheizungen
 - Zuschüsse für die Begrünung weiterer Stadtbahngleise
 - Klima-Innovationsfonds Linie EFEU

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Der Antrag Nr. 204/2022 vom 04.07.2022 (SPD) liegt den Sitzungsteilnehmenden als Tischvorlage vor. Er ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Körner (S/OB) betont, mit der Vorlage 397/2022 werde der Vorschlag unterbreitet, ein noch ambitionierteres Ziel für den Klimaschutz zu leisten. Die Verwaltung schlage hierbei das Ziel vor, dass die LHS bis zum Jahr 2035 klimaneutral werde, was unter der Beschlussantragsziffer 1 aufgeführt werde. Dieses stelle einen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz dar und sei für die Stadt wichtig, da sie die Dekarbonisierung der Energieversorgung zukunftsfähig gestalte. Ebenso sei eine ambitionierte Zielvorgabe bei der Umsetzung hilfreich, da diese Absicht bereits von Beginn an klargemacht werde. Die Mitarbeiter*innen von McKinsey würden in der heutigen Sitzung zudem insgesamt 10 Maßnahmenpakete zur Klimaanpassung vorschlagen. Diese Anpassung werde in den nächsten Jahren noch wichtiger werden, als sie es bereits schon sei. In der Beschlussantragsziffer 2 werde ein konkreter Finanzierungsvorschlag für die vom Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsberatungen verabschiedeten Zielbeschlüsse aufgeführt, bei denen jedoch die Finanzierung noch nicht stehe. Aus der Abteilung Energiewirtschaft sei bekannt, dass bei den Förderprogrammen nicht lediglich das Jahr 2022, sondern ebenso das Jahr 2023 betrachtet werden müsse. Herr Kohlmayer (S/OB-Klimaschutz) sowie Frau Bosse und Herr Dr. Rexhausen hätten die Vorlage 397/2022 in Rücksprache mit den Referaten von BM Pätzold und BM Fuhrmann ausgearbeitet. Die von Frau Bosse und Herrn Dr. Rexhausen dargestellte Präsentation werde sich von der Präsentation des Fachbeirats oder der Vollversammlung unterscheiden. Dabei werde das weitere Vorgehen u. a. bis Ende Juli aufgeführt, wo der Zielbeschluss im Gemeinderat gefasst werden solle.

Herr Dr. Rexhausen (Folien 1 bis 6 sowie 21 und 22) und Frau Bosse (Folien 7 bis 20) berichten im Sinne der angehängten Präsentation.

StR Winter (90/GRÜNE) betont, die Vorlage 397/2022 beinhalte das große Ziel, die Klimaneutralität von 2050 auf 2035 um 15 Jahre vorzuverlegen. Obwohl die LHS in den vergangenen Jahren vieles für den Klimaschutz geleistet habe, müsse es angesichts dieses Zieles klar sein, eine völlig neue Justierung vornehmen zu müssen. Hierbei stehe eine enorme Gesamttransformationsaufgabe bevor. Es sei die mutmachende Aussage getroffen worden, das Ziel könne erreicht werden. Allerdings müsse angesichts der Beschlussantragsziffern 1 und 2 mehr geschehen. Die letzte Aktualisierung der Vorlage habe Anfang März stattgefunden. In den vergangenen Wochen hätten sich die Zeiten stark verändert. Neben der Klima- und Coronakrise habe der kriegerische Angriff Russlands auf die Ukraine ein Umdenken in der Bevölkerung bewirkt. Es sei dargestellt worden, der Auftrag des Gutachtens beinhalte nicht den interessanten Scope 3, wobei gerade in diesem Bereich ein Bewusstseinswandel sehr hilfreich wäre. In dem Gutachten würden Scope 1 und 2 betrachtet, in denen oftmals technische Maßnahmen im Vordergrund stünden. Es sei lange Zeit über die noch in Arbeit befindliche Vorlage des Klimavorbehalts diskutiert worden, welche als dringende Voraussetzung bis zum Sommer fertiggestellt werden solle. Die Entscheidungen in der LHS müssten unter den Klimavorbehalt gestellt und politisch diskutiert werden. Es müsse bekannt sein, welche Maßnahmen nach einer Baumaßnahme CO₂-einsparend seien und welche Maßnahmen

wieviel CO₂ kosteten. Beispielweise müsse nach einem Abriss bei einem Neubau geprüft werden, zu wieviel CO₂-Einsparung dies in den nächsten 20 Jahren führe oder ob eine Sanierung sinnvoller sei. Es müsse ähnlich wie in den Haushaltsplanberatungen eine Betrachtung des CO₂-Budgets erfolgen, bei dem zeitgleich eine konkrete finanzielle Aufstellung erfolge. Nun bestehe die Chance, mit einem völlig neuen Bewusstsein die Entscheidungen zu treffen. Im Rahmen des Stuttgarter Wissenschaftsfestivals habe der Gastredner Ranga Yogeshwar die Teilnehmer*innen miteinbezogen und zum Thema Klimawandel die Frage gestellt, ob die Menschheit durch technische Lösungen oder durch einen Kulturwandel gerettet werden könne. 200 Teilnehmer hätten mit Kulturwandel und lediglich 40 mit technischen Lösungen geantwortet.

Hinsichtlich der Organisationsstruktur seien seiner Fraktion die Personalstellen wichtig, und dies stelle eine Querschnittsaufgabe dar. Zudem sollten gegenüber dem federführenden Amt Vorschläge unterbreitet werden. Neue Stellen müssten geschaffen und in den Steckbriefen hinterlegt werden. Der Gemeinderat müsse daraufhin z. B. im Rahmen des kleinen Stellenplans im Herbst entscheiden, wie dies auf den Weg gebracht werden könne. Die Organisationsstruktur müsse angegangen werden. Die dargestellten Ziele mit den entsprechenden Maßnahmen werden nach Auffassung des Stadtrats in den Steckbriefen aufgeführt. Er habe zwar Verständnis, falls einige Inhalte noch konkreter hinterlegt und geschärft werden müssten, allerdings müssten die Steckbriefe vor dem Hintergrund einer raschen Umsetzung zügig erstellt werden. Vielerlei Aspekte müssten in den nächsten Wochen vor der Sommerpause gemeinsam geklärt werden. Auf seine Frage, wann die Steckbriefe unterbreitet würden und ob diese bereits eine Grundlage des Beschlusses vor dem Sommer darstellten, betont Herr Körner, die Verwaltung werde sich bemühen, diese Steckbriefe dem Gemeinderat so rasch wie möglich zur Verfügung zu stellen. Nicht alle Inhalte seien bereits in dem Maß ausgearbeitet worden, dass sie präsentabel seien.

Es stelle sich die Frage nach dem Zeitpunkt der Beratungen, da die Querschnittsaufgaben weitgehend die Finanzen betreffen, ebenso was mit den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe und Beteiligungen geschieht.

Es sei ein positiver, kostenloser ÖPNV-Tag zur Stärkung und Belebung der Innenstadt sowie zur Umstiegshilfe veranstaltet worden, so StR Winter. Dies sei jedoch vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht bekannt gewesen, was einen Fehler dargestellt habe. Daher müsse die Kommunikation und Bewerbung derartiger Aktionen wesentlich verstärkt und die Bevölkerung für das Ziel der Klimaneutralität begeistert werden. Die Verwaltung solle hierzu Vorschläge unterbreiten. Der Bürger*innenrat Klima sei in diesem Zusammenhang ein wichtiger Baustein.

In unterschiedlichen Gremien sei die Vorlage Klimaneutralität 2035 bereits behandelt worden, so StR Kotz (CDU). Aus inhaltlich-thematischer Sicht verbreite sowohl die vorgestellte Ausarbeitung als auch die stattgefundene Klausurtagung des SWS zum Thema "Möglichkeiten im Wärmebereich" Hoffnung. Derzeit bestünden Schritte, die das bislang gänzlich abstrakte Thema konkreter und nachvollziehbarer gestalten. Aus dem vorgestellten Gutachten gehe hervor, die Klimaneutralität sei bis zum Jahr 2035 zu erreichen. Zugegebenermaßen stelle er sich die Frage, so StR Kotz, unter welchen Voraussetzungen die LHS dieses Ziel nicht erreichen würde. Der deutsche Strommix werde in seiner Zusammensetzung nicht auf Stuttgarter Gemarkung entschieden. Im Zusammenhang mit den SWS werde diskutiert, auch außerhalb der Stadtgrenze eine aktive Rolle spielen zu wollen. Hier werde einiges im positiven Sinne in Bewegung kom-

men. Beim Thema Fernwärme werde der Ball hinsichtlich der Klimaneutralität elegant der EnBW zugespielt. Es sei zu hoffen, dass diese keine allzu leistungsstarke Wärmepumpe im Neckar bei Altbach installierten, damit nicht zu wenig Flusswärme in die LHS gelänge.

Im Bereich der Mobilität bestehe zwar ein zu geringer Umstieg auf den ÖPNV sowie den Rad- und Fußverkehr, allerdings sei dargelegt worden, mit der E-Mobilität vieles erreichen zu können. Hierbei spiele den Nutzern das Angebot der nationalen und internationalen Hersteller in die Karten. Es müsse dafür Sorge getragen werden, für die noch mit Verbrennermotoren ausgestatteten Fahrzeuge ein entsprechendes Angebot zu unterbreiten. Hierbei solle bestenfalls nicht über Kompensation vorgegangen werden, sondern eher ein technisches Angebot erfolgen.

Das Thema Wärme mit den Aspekten Gebäudebestand usw. sei sehr wichtig. In diesem Bereich müsse Energie eingespart, effektiver genutzt und verstärkt regenerative Energien eingesetzt werden. Es sei ausgeführt worden, alle Anstrengungen zu unternehmen, um das Ziel der Klimaneutralität 2035 zu erreichen. In der heutigen Sitzung sei es relativ einfach, auf der entsprechenden Diskussionsgrundlage der Vorlage zuzustimmen. Interessant werde es jedoch, falls im Rahmen der Detailumsetzung bei einem einzelnen Hebel wie beispielsweise bei der Verkehrsreduzierung unterschiedliche Auffassungen bestünden. In Bezug auf die Steckbriefe und die daraus resultierenden Projekte zeigt sich StR Kotz, so wörtlich, "hin und her gerissen". Aus Sicht seiner Handwerks-tätigkeit in einer für den Klimaschutz wichtigen Branche oder aus Sicht der Mobilität usw. sollten die Steckbriefe so konkret wie möglich verfasst sein. Dennoch könne er nachvollziehen, bereits zum jetzigen Zeitpunkt Möglichkeiten für die Umsetzung zu finden. Während am 28.11.1998 der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl ein lediglich zehn Punkte umfassendes Programm für die Deutsche Einheit vorgestellt habe, beinhalte der Fahrplan für die Klimaneutralität 13 Punkte. Falls damals jedes Detail im Deutschen Bundestag diskutiert worden wäre, würden möglicherweise noch immer zwei deutsche Staaten existieren. So bestünden bei großen Projekten stets Streuverluste und auch Nachteile, aber eine Zerredung sollte vermieden werden. Die Stadtgesellschaft werde beim Gebäudebestand Dreh- und Angelpunkt sein. In der LHS bestünden keine großen Eigentümergruppierungen wie umfassende Eigentümergemeinschaften oder Wohnungsbaugesellschaften usw. Daher gelte es, jedes Haus und jede Wohnung zu bewerben. Dabei sollten zunächst zwar die sogenannten "Big Fishes" angegangen werden, wobei jedoch in Richtung des Jahres 2035 ebenso die "Kleinen Fische" angesprochen werden müssten, was wesentlich mühevoller sei. Im Technologiebereich dürften weder der Wasserstoff noch eFuels verteuert werden.

Über die Organisationsstruktur im Rathaus sei oftmals diskutiert worden. Er habe den Eindruck, die Einheiten rückten aus räumlicher Sicht näher zusammen. Jedoch betreffe dies nicht lediglich die interne Organisationsstruktur, sondern es gehe ebenso um die Rolle der SWS, welche gerade im Wärmebereich eine wichtige Rolle spielten. Zudem müsse das Energieberatungszentrum betrachtet werden, für das ausgehend von den vorherigen Haushaltsplanberatungen erhebliche finanzielle Mittel aufgesattelt werden müssten. In einem Gespräch mit StR Rockenbauch sei er angesichts der zahlreichen Aufgaben übereingekommen, dass ein völlig neues Dienstleistungs- und Angebotskonstrukt für die Bürgerschaft nötig sei. Aufgrund des unübersichtlichen Informationsangebots zu den Fördermöglichkeiten streckten große Teile der Bürgerschaft die Segel, was nicht angehen könne. Das mögliche Anhängen des neuen Elements an das EBZ würde es zu einem "EBZ 4.0" umwandeln. Die Haus- und Wohnungsbesitzer sollten sich an

das EBZ wenden können und sollten dort umfassende Informationen bis hin zur Bauantragsstellung beim Baurechtsamt erhalten. Die sogenannte "One-Stop-Agency" stelle ein äußerst zentrales Element für die Bürgerschaft dar. Ebenso solle mit den Unternehmen effektiver zusammengearbeitet werden. Daher betrachte seine Fraktion die Organisationsstruktur in einem weiteren Rahmen, als lediglich die Struktur im Rathaus betreffend.

Hinsichtlich des Verfahrens in Bezug auf die Vorlage äußert StR Kotz die Bitte und regt an, sich Zeit bis zum 27.07.2022 zu nehmen, um das Thema mit der Bürgerschaft zu diskutieren. Es sei zu erwarten, dass viele Fragen aufkämen. Sicherlich würden nicht alle Teile der Bürgerschaft bis zum 27.07.2022 erreicht, aber falls noch zusätzlichen Multiplikatoren die Standpunkte der Fraktionen erklärt werden könnten, sei dies positiv zu bewerten. Die möglicherweise am 27.07.2022 zu treffende historische Entscheidung entspreche etwa der Tragweite der Entscheidung über S21. Kein bisheriger Doppelhaushaltsbeschluss und kein Beschluss zur Bankenrettung sei derart entscheidend, wie der Beschluss zur Klimaneutralität noch vor der Sommerpause, da der Beschluss äußerst nachhaltig in die Stadt eingreife. Da die Entscheidung als historisch einzuschätzen sei, passe diese in ihrer Art und Weise eher nicht zu den Beschlusspunkten 1 und 2. Mit diesen werde die Klimaneutralität zwar auf das Jahr 2035 vorgezogen, allerdings werde hierbei lediglich die Linie EFEU und das Beleuchtungsprogramm aufgeführt. Dagegen sei beispielweise die Förderung des Energieberatungszentrums (EBZ) richtigerweise pauschal beschlossen und somit der Haushaltsbeschluss pauschal in einen Sachbeschluss umgesetzt worden. Der Stadtrat regt eine Neufassung der Vorlage 397/2022 an. Zudem solle der TOP 2 in einer separaten Beschlussvorlage behandelt und die Beschlussziffer 1 umformuliert werden. Da es sich bei diesem Thema um einen umfassenderen Aspekt als bei einer normalen Beschlussvorlage handele, werde ein besonderes Format benötigt. Beispielsweise könne die Bezeichnung "Stuttgarter Klimapakt" verwendet und ein Dokument gemeinsam vom Oberbürgermeister, den beschlussmittragenden Fraktionsvorsitzenden sowie dem Jugendrat unterzeichnet werden. Für dieses Vorhaben eigne sich der 27.07.2022.

Die Entwicklung im Gemeinderat in den vergangenen Monaten mache ihm Mut, so StR Dr. Jantzer (SPD), da nicht lediglich ein Beschluss Ende Juli zur Klimaneutralität gefasst werde, sondern dieses mit Ernsthaftigkeit verfolgt werde. Die Situation u. a. am Ossiacher See in Kärnten (Österreich) sowie in der Poebene (Italien) zeige die schrittweise Destabilisierung des Klimas, welche unbedingt aufgehalten werden müsse. Die Aussage von StR Winter sei wichtig gewesen, dass die Menschen für einen Kulturwandel bereit seien. Die Stadt müsse diesen Menschen jedoch auch die Möglichkeit geben, einen Beitrag zu leisten. Hierzu müssten Strukturen und Förderprogramme geschaffen werden, dass sich die Menschen an der großen Aufgabe beteiligen könnten. In diesem Zusammenhang sei ein Vertrag und die Unterzeichnung durch den Gemeinderat positiv zu bewerten. In einem nächsten Schritt solle die Erarbeitung eines Vertrags mit der Stadtgesellschaft erfolgen, was zahlreiche Diskussionen mit sich bringen werde. Der Stadtrat betont, einige Inhalte eines Antrags seiner Fraktion seien in die Vorlage 397/2022 aufgenommen worden. Er habe in Bezug auf die Fachcommunity festgestellt, dass diesbezüglich die bisherigen Informationen zu spärlich seien. Es seien wesentlich mehr Interaktion und Diskussion notwendig. Daher habe seine Fraktion beantragt, dass S/OB-Klimaschutz breit angelegte Informations- und Diskussionsformate anbieten solle. Dies könne nicht in lediglich einem halbstündigen Gespräch geschehen, sondern es seien zahlreiche Unterredungen nötig. Aus Sicht seiner Fraktion solle dies in eine Art

Einwohnerversammlung kumulieren. Auch nach seiner Auffassung handle es sich um einen historischen Beschluss.

Es sei bemerkenswert, in welchem Umfang der Photovoltaikausbau vorgesehen sei. Vom heutigen Zeitpunkt entspreche dies einem Faktor von 100. Dieses Ziel werde nur erreicht, wenn in diesem Zusammenhang die Bürgerschaft zur Teilnahme motiviert werden könne. Es solle keine Entmutigung darstellen, wenn ein Handwerker oder Bauteile nicht zum gewünschten Zeitpunkt verfügbar seien. Es bedürfe eines strategischen Plans, wie Schritt für Schritt die Kapazitäten hochgefahren werden könnten. Bei den Komponenten werde dieses Problem zu einem späteren Zeitpunkt wieder gelöst. Im Bereich der Sanierung habe die Verwaltung in ihrer Vorlage einen enormen Zuwachs aufgezeigt. Die in diesem Zusammenhang dargestellten Maßnahmen müssten durchgeführt werden, um das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2035 zu erreichen. Über die einzelnen Aspekte müsse der Gemeinderat mit der Stadtgesellschaft diskutieren. Hinsichtlich der CO₂-Einsparung stellten die Themen Sanierung und Photovoltaik die größte Relevanz dar und könnten unverzüglich angegangen werden.

Die in der Beschlussantragsziffer 1 aufgeführte Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von 80 % bis 2030 gegenüber 1990 sei sehr wichtig. Dieses Ziel sei wesentlich ambitionierter als die Ziele von Bund und Land, was sehr zu begrüßen sei. Hinsichtlich der Organisationsentwicklung sei in der Präsentation der Aufbau einer bereichsübergreifenden Koordination mit klaren Verantwortlichkeiten und Berichtsstrukturen aufgeführt, was in der Vorlage in dieser Art nicht enthalten sei. Bei jeder Maßnahme werde eine entsprechende kräftige personelle Aufstellung benötigt. Er sei sich sicher, die Mitarbeiter*innen, die Abteilungen sowie die Amtsleiter*innen wollten hierzu einen Beitrag leisten. Beim Aufbau einer Organisation sei es positiv, über klare Strukturen zu verfügen und den gesamten Prozess zu begleiten. Es handle sich um einen Aushandlungsprozess, welcher kooperativ stattfinden müsse. Dabei solle hierzu nicht lediglich ein Organigramm gezeichnet werden, sondern es müsse Zeit gefunden werden, die Diskussion auch innerhalb der Verwaltung zu führen und sich kontinuierlich externe Unterstützung hinzuzuziehen. Mögliche Konflikte seien immanent und nicht persönlich. StR Rockenbach habe in der Vergangenheit mehrfach ausgeführt, es werde eine eigene Abteilung benötigt. Dabei sei es jedoch wesentlicher, über die Schnittstellen der beteiligten Institutionen wie Hochbauamt, Tiefbauamt, SWS oder EBZ eine produktive Art der Zusammenarbeit zu finden. Hierzu werde eine bereichsübergreifende Koordination benötigt.

In dem Antrag seiner Fraktion sei aufgeführt, das Ziel der Klimaneutralität 2035 könne nicht erreicht werden, wenn die Bürgerschaft nicht einbezogen werde. Die Sozialverträglichkeit aller Maßnahmen sei essentiell wichtig. Daher habe seine Fraktion einen sozialpolitischen Expert*innenrat vorgeschlagen, in dem die Liga der Wohlfahrtspflege Stuttgart, die Gewerkschaften, der Mieterverein sowie die Stadträte*innen des SGA eingebunden werden sollten. Es müsse das Gefühl erzeugt werden, dass die Stadt nicht über die Bürgerschaft hinweg entscheide. Vielmehr müsse mit den Menschen und deren Möglichkeiten der Wandel gestaltet werden. Daher sei im ersten Punkt des Antrags seiner Fraktion aufgeführt, Investitionen insbesondere im Wärmebereich tätigen zu müssen. Er begrüßt die in der Präsentation ausgeführte Aussage, dieses werde nicht mit einer ökonomischen Logik, sondern nur mit einer volkswirtschaftlichen Betrachtung funktionieren. Dieser Aspekt könne nicht im Tagesgeschäft abgebildet werden. Daher müsse konkret berücksichtigt werden, wie die Wärmewende finanziert werden solle. Dieses Thema sei bereits intensiv in den SWS diskutiert worden, und es zeichne sich ein Konsens ab. Es müsse die Botschaft von der heutigen Sitzung ausgehen, das Ziel

der Klimaneutralität 2035 sei keine unwesentliche Angelegenheit, sondern stelle eine unglaubliche Anstrengung für die gesamte Stadtgesellschaft dar. Je enger sich die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit gestalte, umso besser sei dies für dieses Ziel.

StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) begrüßt den im Klimafahrplan und in der vorliegenden Studie beinhalteten Aspekt der Klimaanpassung und die damit verbundenen Maßnahmen. Dieses Thema habe bislang zu wenig Beachtung erfahren. Seither sei seine Fraktion mit ihren entsprechenden Anträgen, beispielsweise zur aufsuchenden Grünraumberatung oder dem Budget für Entsiegelung und Rückbau von Flächen, stets gescheitert. Nun bestehe von externer Seite die klare Aussage, es fehlten Ressourcen, Sichtbarkeit und finanzielle Mittel in diesem Bereich. Es müsse eine Vernetzung stattfinden und die Synergien zum Thema Klimaschutz genutzt werden. Ebenso begrüßenswert sei die völlig andere Betrachtung und Diskussion des Aspekts der Organisationsstruktur. Mit dem Begriff der neuen Gesamtabteilung im Gutachten sei in der Verwaltungssprache ein Referat gemeint. Zudem beinhalte das Gutachten klare Aussagen bezüglich der Umsetzung der Dekarbonisierung und bezüglich des erheblichen Potenzials für Synergien. Der größte Verdienst sei von StR Kotz in Bezug auf die Bedeutung der Erreichung der Klimaneutralität ausgesprochen worden. In der Stadt wehe ein frischer Wind, da sich Kinder, Radfahrer und Fußgänger die Straßen zurückeroberten. Die Stadtwerke seien zu loben, da sie als erste in Deutschland Energie in Kooperation von unzähligen kleinen Bürgerkraftwerken und größeren städtischen Kraftwerken vollständig regenerativ produzierten. Durch ein radikales Energie- und Effizienzprogramm seien die Stuttgarter zum internationalen Kompetenzzentrum für Klimaschutz und globale Gerechtigkeit geworden. Dieser Aspekt sei allerdings nicht lediglich für Touristen interessant, sondern habe der LHS über Jahre hinweg einen Handwerks- und Mittelstandsboom beschert. Da zukünftig verstärkt biologisch erzeugte und regionale Produkte berücksichtigt würden und da dies in der Landwirtschaft in Stuttgart selber organisiert werde, habe dies zu einer geringeren Abhängigkeit vom Weltmarkt geführt. Die Kernfrage bis zum Beschluss der Klimaneutralität 2035 laute, wie diese großen Ambitionen in einer gewissen Art und Weise abgebildet und verbindlich gemacht würden. Seiner Auffassung nach sei es richtig, ein "Show-Format" in Erwägung zu ziehen, bei dem die Vorlage präsentiert und beschlossen werden solle. Zudem solle mit einer entsprechenden Formulierung bis zum 27.07.2022 für eine Verbindlichkeit gesorgt werden. Um den Beschluss verbindlicher zu gestalten, müsse die Zieldefinition nachgeschärft werden. Neben der nach Auffassung des Stadtrats in der Vorlage fehlenden CO₂-Einsparung sei dort ebenso keine konkrete Aussage in Bezug auf den Anteil der erneuerbaren Energien im Jahr 2035 aufgeführt. Diese Aspekte sollten nicht vertagt, sondern umgehend beschlossen werden. Bei der Stellung eines Ziels sei dessen Steuerung und Monitoring wichtig. Da zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht jede einzelne Maßnahme beschlossen werden könne, solle zumindest eine Einheit beschlossen werden, welche das Gesamtsystem steuere.

An StR Winter gewandt betont StR Rockenbauch, er verstehe unter dem Begriff Klimavorbehalt, dass bereits bei der Entscheidungsfindung bekannt sei, welche Auswirkungen diese nicht nur auf die Finanzen, sondern ebenso auf den Klimaschutz mit sich bringe. Zudem müsse ein permanentes Mitlaufen des Budgets erfolgen, was bei jeden Haushaltsplanberatungen geschehe: Dort würden in einer Gesamtschau Beschlüsse gefasst. Anders als beim Geld sei das CO₂-Budget endlich und nicht verhandelbar. Dies ermögliche zudem eine Flexibilität in den Maßnahmen und den Einzelentscheidungen. Um diese enorme Aufgabe zu bewältigen, bedürfe es entsprechender Organisationsstrukturen. Nicht umsonst beantrage seine Fraktion seit etwa 5 Jahren eine Haushalts-

abteilung für den Klimaschutz. Im Bereich der Finanzen seien 17 Mitarbeiter*innen beschäftigt, die die Fachreferate unterstützten und die Mitzeichnungen vornähmen. Allerdings würden diese im Prozess nicht mitzeichnen, wenn nicht klar sei, ob eine Maßnahme klimaneutral sei oder eine Kompensation erfolgen müsse. Mit der gleichen Ernsthaftigkeit müsse beim Klimaschutz vorgegangen werden, um diese bedeutende Aufgabe steuern zu können. Wie von StR Dr. Jantzer ausgeführt stelle der Klimaschutz eine volkswirtschaftliche Betrachtung dar, die sich zumindest nicht in Doppelhaushaltsplanberatungen rechne. Ebenso ergebe sich ein Widerspruch zu den bestehenden Steuerungsinstrumenten. Daher werde eine schlagkräftige Organisationsstruktur benötigt, welche Klimaanpassung und Klimaschutz sowie die Kreislaufwirtschaft berücksichtige. Ebenso mache die Einbeziehung der Stoffströme in der Land- und Bauwirtschaft sowie im Konsum eine derartige Organisationsstruktur notwendig.

Zu den Organisationseinheiten gehörten ebenso die SWS, welche finanzielle Mittel und Personal von der Stadt benötigten. Es solle der konkrete Auftrag erteilt werden, für die Quartiere sämtliche erneuerbare Energiequellen zu erschließen und von dort die entsprechenden Netze in die Quartiere zu verlegen. Nach der Sommerpause solle dies der Gemeinderat als Gesellschafter vorgeben und kein Beschluss im Aufsichtsrat erfolgen. Organisationsstrukturen und Prozesse dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Jeder Jahresüberschuss sollte für die soziale Ausgestaltung der Energiewende verwendet werden. Die 200 Mio. Euro des Klimaaktionsprogramms seien zwar noch nicht ausgegeben, aber es werde ein Budget benötigt, das neben dem Energiesparprogramm für diese soziale Ausgestaltung verwendet werde. Neben einem Vorbehalt sowie einer Steuerungs- und einer Organisationseinheit müssten ebenso die Ressourcen mit der Vorlage beschlossen werden. Die Stadt München habe sich die Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 gesetzt und stelle hierfür jährlich 180 Mio. Euro zur Verfügung. Allerdings sei bekannt, dass diese Summe nicht ausreiche und stattdessen etwa 1 Mrd. Euro pro Jahr benötigt würden. Angesichts dieses hohen Betrages könne das Gesamtvolumen des Stuttgarter Klimaaktionsprogrammes in Höhe von 200 Mio. in 4 Jahren eingeordnet werden. Bis zum 27.07.2022 solle die Vorlage 397/2022 nachgeschärft werden.

Es verbleiben noch exakt 13 Jahre, 5 Monate und 23 Tage Zeit bis zur Erreichung der Klimaneutralität, so StR Dr. Oechsner (FDP). Obwohl er die diesbezüglichen Maßnahmen begrüße, wolle er einige Probleme ansprechen. Als größtes Erschwernis bezeichnet er die Gefahr, die benötigten Kompetenzen nicht aufbauen zu können. Eine Diskussion sei sehr positiv zu bewerten, allerdings sei in den letzten 13 Jahren in der Diskussion einiges verhindert und verzögert worden. Dieses könne sich der Gemeinderat nicht leisten. Vielmehr müssten Ziele definiert und regelmäßig kontrolliert werden. Falls jede einzelne Maßnahme wie in den letzten Jahren ausführlich diskutiert werde, könne kein Ziel erreicht werden. Es dürfe nicht die Auffassung bestehen, Richtlinien zu verabschieden, an die die Bürgerschaft gebunden sein müsse. Der Gemeinderat sei nicht gesetzgebend. Vielmehr müsse man über die Bundes- und Landesebene innovative Modelle finden. In Bezug auf die Nutzung der Dächer für PV-Anlagen sei es möglicherweise rechtlich möglich, das Nutzungsrecht auf die Kommunen zu übertragen, ohne das Eigentumsrecht zu schaden. Dieses würde die Umsetzung der Photovoltaik beschleunigen. Die Einspruchsrechte der Bürgerschaft seien womöglich zu hoch angelegt. Falls in der heutigen Zeit eine Wärmepumpe installiert werden solle, werde unabhängig von der Sachthematik umgehend Einspruch eingelegt. Dies gelte ebenso für den Bereich der Schulneubauten. Dieses Vorgehen könne angesichts des Ziels der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 nicht beibehalten werden. Es müsse daher auf liebgegewonnene Dinge verzichtet werden und nicht mehr auf den Erhalt der eigenen Selbstbestätigung durch

Diskussion und Verhinderung bestanden werden. Vielmehr müssten konkrete Ziele definiert werden (z. B. Anteil der Kohle bei der Energieversorgung). In der gestrigen Nacht habe der Bundestag die Kohleverstromung verlängert und erhöht. Allerdings stelle die Kohleverstromung in Bezug auf das Klima die schlechteste Alternative dar. Angesichts dieses Beschlusses müsse über die Ziele nachgedacht werden. Eine Kompetenzebene müsse entscheiden, dass die Maßnahmen auch durchgesetzt würden. Am Jahresende müssten bei Nichtumsetzung der Maßnahmen personelle Konsequenzen gezogen werden. Falls die Maßnahmen jedoch "totdiskutiert" würden, seien die Jahre bis zur Klimaneutralität nicht ausreichend. Trotz allen sozialen Ausgleichs würden die Maßnahmen bei allen Bevölkerungsgruppen prozentual zum Einkommen die gleichen Kosten verursachen. Es könne nicht angehen, dass jemand prozentual zu seinem Einkommen mehr bezahle als ein anderer. Das nach Auffassung von einigen Stadträt*innen als unendlich eingeschätzte Geld sei endlich. Die gestiegenen Kosten würden bei einer Investitionsentscheidung zu einer Verzögerung führen, so StR Dr. Oechsner.

Man stehe vor einem historischen Beschluss, betont StR Ozasek (PULS). Die Stadt Stuttgart signalisiere, die Klimabeschlüsse von Paris binden sie. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei verstanden worden. Ebenso stelle der Beschluss ein sehr starkes Signal in die kommunale Familie, an das Land sowie den Bund dar, welcher sich nicht einmal zu einem Tempolimit durchringen könne. Das fossile Zeitalter müsse enden. Zudem sei der Beschluss ein Signal an die Wirtschaft, dass Disruption nötig sei und Technologiepfade der Vergangenheit angehören müssten. Lediglich Technologien der Zukunft machten ökonomisch resilient und erhielten letztendlich die industrielle Wertschöpfung. Er sei erfreut, dass StR Kotz als größter Skeptiker den Vorschlag unterbreitet habe, einen "Generationenvertrag" abzufassen, den alle Fraktionen symbolisch zeichneten. Im Kern gehe es darum, sich zu einem klimapolitischen Imperativ zu verpflichten, welcher in jedem politischen Handeln Leitwirkung entfalte. Es könne nicht angehen, bei politischen Wunschprojekten selektiv wegzuschauen, welche jedoch über einen immensen ökologischen Impact verfügten. Das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2035 habe stets der Position der PULS-Fraktionsgemeinschaft entsprochen. Daher sei es erfreulich, dass nun dieses Ziel im Gemeinderat mehrheitsfähig sei. Es sei ein ambitionierter, aber machbarer und alternativloser Pfad. Die Transformation werde in dieser Tiefe benötigt. Der brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine habe gezeigt, Erdgas stelle eine politische Waffe dar. Diese Brücke trage nicht und sei in das erneuerbare Energiezeitalter eingestürzt. Es bestehe keine Zeit mehr für diese Übergangstechnologie.

Die Lage bei der Welternährung sei katastrophal, und es sei eine nie dagewesene Dürre in der Mittelmeerregion zu verzeichnen. Zudem bestünden enorme Ernteauffälle in Norditalien, und der Wasserspiegel des Po sei derart zurückgegangen, dass das Salzwasser 10 km in das Landesinnere vorgedrungen sei und die dortigen Böden kontaminiert habe. Dies habe massive Folgeschäden ausgelöst. Ende des Monats werde das Projekt "Klima BB" im Landkreis Böblingen für die einzelnen Kommunen mit teilweise dramatisch drohenden Folgen vorgestellt. Einige Kommunen würden sich in die Klimazone von Lima mit einer völlig anderen Flora und Fauna entwickeln. Daher müsse klimatisch vorsorgend agiert werden. In Bezug auf zahlreiche Impulse der PULS-Fraktionsgemeinschaft wie den Hitzeaktionsplan, die vorsorgende Klimaleitplanung sowie die Förderung der ökologischen Landwirtschaft verweise die Verwaltung darauf, in diesen Bereichen bereits aktiv zu sein. Daher müsse sich die Verwaltungskultur ändern und es würden grundlegend wirksame Lösungen benötigt. In der Vorlage 397/2022 werde im Beschlussvorschlag das Ziel der Energieeinsparung und ebenso ein Ausbau

des Anteils der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch genannt. Allerdings seien die Formulierungen zu unklar, so der Stadtrat. Im Januar habe die PULS-Fraktionsgemeinschaft die Festschreibung konkreter Quoten beantragt, was bedauerlicherweise vom Gemeinderat mit großer Mehrheit abgelehnt worden sei. Er appelliert daher an die Stadträt*innen, diese Quotenfestschreibung vorzunehmen. Die LHS sei eine Stadt der "leeren" Dächer. Es werde eine Dynamik bei den erneuerbaren Energien im Stadtgebiet benötigt, welche bislang noch nicht vorhanden sei. Das Umweltamt habe ausgesagt, bis zu 70 % des Endenergieverbrauchs könnten aus erneuerbaren Energien abgedeckt werden. Hierbei seien noch nicht einmal alle Potenziale wie beispielsweise die tiefengeothermischen Potenziale abgebildet worden. Die Anstrengungen müssten massiv erhöht und die Dachflächen erschlossen werden. Wie von StR Dr. Oechsner ausgeführt, werde ein öffentliches Nutzungsrecht an den Dachflächen benötigt, da sonst die erforderliche Dynamik nicht erreicht werde. Zudem werde vom Bundesgesetzgeber eine massive Entbürokratisierung der Photovoltaik benötigt. Es könne nicht angehen, dass für die Errichtung einer PV-Anlage ein Steuerberater nötig sei, ein Unternehmen angemeldet werden müsse und einen enormen bürokratischen Wahnsinn durchlaufen müsse.

Zudem müsse die Umweltwärme in der LHS erschlossen werden, was ein Auftrag an die SWS sei. Die SWS-Aufsichtsräte seien erfreulicherweise zu einer gemeinsamen Idee gekommen, wie die SWS mit einem "Unique Selling Point" (Alleinstellungsmerkmal) ausgestattet werden sollten, um die Umweltwärme im Stadtgebiet zu erschließen. Dies bringe einen massiven Personalaufbau bei den SWS mit sich. Vor dem nächsten Wirtschaftsplan komme es zum Schwur, ob die SWS Motor bei der Energiewende werden könnten oder nicht. Bei allen Maßnahmen müsse das Handwerk eingebunden werden, allerdings bestehe dort eine Kompetenzlücke: Zahlreiche Handwerksbetriebe könnten keine alternative Wärmetechnik in den Gebäuden verbauen. In diesem Zusammenhang weist er auf den Antrag seiner Fraktion mit dem Inhalt hin, Formate zu diesem Know-How-Zuwachs zu erhalten.

Hinsichtlich des Klimafahrplans sehe seine Fraktionsgemeinschaft Korrekturbedarf in Bezug auf die kritischen Technologiepfade. Man solle sich nicht auf das "Wasserstoffmärchen" verlassen. Selbst große Akteure wie die EnBW sagten aus, keine Verantwortung und keine Anstrengungen in diesem Bereich übernehmen zu wollen. Die EnBW verließen sich darauf, dass zu einem ungewissen Zeitpunkt und Ort immense Mengen grünen Wasserstoffs aus unendlich großen Kapazitäten erneuerbaren Energien gewonnen und in die Verbrauchsregion in Mitteleuropa transferiert würden. Dieses Vorgehen bezeichnet StR Ozasek als "pure Zockerei" und als einen "ungedeckten Scheck". Falls dieser platze, werde man in einem Erdgas Lock-In stecken und hieraus nicht mehr entkommen können. Alle Kraftwerke würden dann mit Erdgas beheizt und betrieben. Die Puls-Fraktionsgemeinschaft sei nicht bereit, diesen Weg mitzugehen. Die EnBW habe derzeit Lieferverträge für Erdgas bis zum Jahr 2046 abgeschlossen, obwohl Baden-Württemberg ein Klimaschutzgesetz mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2040 aufgelegt habe. Es stelle sich die Frage, an welcher Stelle das Land seine Aufsicht auf das Landesunternehmen EnBW ausübe und ob keine Mittel bestünden, Einfluss auf die Geschäftsfelder der EnBW zu nehmen.

Es bestünden zudem kritische Technologiepfade in der Autoindustrie. Auch im Bausektor bestehe eine unzureichende Betrachtung, obwohl dieser einen schlafenden Klimariesen darstelle. Hierzu fehle es an Substanz im Klimafahrplan. Die Bauwende müsse aktiv angegangen werden. Die Aspekte "Circular economy" (Kreislaufwirtschaft) sowie

Urban Mining stellen wesentliche Bausteine zum Gelingen dieser Bauwende dar. Die Ziele im Verkehrssektor setzten im Wesentlichen auf der Antriebswende im Kraftfahrzeug auf. Die Aussage, 18 % weniger Kilometer Fahrleistung im motorisierten Individualverkehr (MIV) seien ausreichend, sieht der Stadtrat kritisch. Die kürzlich vom Land veröffentlichte Sektorstudie beinhalte die Maßgabe einer Reduzierung von 38 % im Bereich der Kraftfahrzeuge. Grundsätzlich werde eine grundlegende Mobilitätswende benötigt, bei der die SSB ein wichtiger Partner seien. Hier stünden weitreichende Investitionen und damit verbunden die Anhäufung eines enormen Schuldenbergs an. Die Finanzierung dürfe nicht ausschließlich über Tarifierhöhungen geschehen, da dies finanziellen Sprengstoff mit sich bringe und ein Aspekt der sozialen Frage sei. Zu einer verlässlichen sowie auskömmlichen und langfristigen Finanzierung habe sich der Gemeinderat nicht durchringen können.

Hinsichtlich der Scope-3-Emissionen sei Stuttgart keine Klimainsel: Es funktioniere nicht, lediglich die Emissionen und Umweltschäden aus der Territorialbilanz zu eliminieren. Falls der Konsum in der LHS einen immensen ökologischen Impact aufweise, welcher in anderen globalen Regionen anfalle, sei dies für das Weltklima nicht hilfreich.

Aus Sicht seiner Fraktion seien die Maßnahmenpakete noch nicht hinreichend in Steckbriefe übersetzt und ausformuliert. Daher enthalte der Fahrplan momentan einen Mangel an Substanz: Es sei zu hoffen, dass dieser Umstand heilbar sei und dass der Gemeinderat, die Stadtgesellschaft, die zahlreichen Stakeholder und Impulsgeber wie der Jugendrat, Fridays for Future, Scientists for Future sowie der Klimabürger*innenrat in diesem Prozess mehr angehört würden. Die PULS-Fraktion spreche sich für eine Klimakämmerei aus, die die städtische CO₂-Restbudgetierung überwache. Dieses notwendige verbindliche CO₂-Restbudget werde seine Fraktionsgemeinschaft erneut beantragen. Die Klimakämmerei müsse die Emissionen in allen Bereichen bilanzieren, in denen die Stadt beispielsweise Infrastruktur für Straßen- und Tunnelbauprojekte entwickeln wolle. Hierbei müssten alle Projekte auf den Prüfstand - auch diejenigen, die bereits beschlossen worden seien. In der Verwaltung werde ein Querschnittsreferat mit Durchgriffsrechten in alle Referate und Organisationseinheiten hinein benötigt, um den klimapolitischen Imperativ verbindlich durchzusetzen. Die Kampagne **#jetztklimachen** sei zwar erfolgreich, verfüge jedoch nicht über den erhofften Impact, da sie eher deaktiviere als motiviere. Falls der Beschluss zur Klimaneutralität im Jahr 2035 gefasst werde, müsse die Kampagne deutlich nachgeschärft werden. Deren Kernbotschaft müsse lauten, alle müssten Verantwortung für den Planeten Erde übernehmen, und der Aspekt der Suffizienz müsse Kernbaustein der Kampagne sein. Es sei bedauerlich, dass eine breite Mehrheit des Gemeinderats das von seiner Fraktion beantragte Ziel ablehne.

StR Zaiß (FW) betont, seine Fraktion spreche sich für eine Klimaneutralität mit Augenmaß aus. Ob diese bis zum Jahr 2034 oder 2046 erreicht werde, sei vollkommen einerlei: Die Hauptsache sei die Erreichung dieses Ziels. Die Stadt Stuttgart stelle hierbei lediglich einen kleinen Teil dar: Vielmehr werde Deutschland, Europa und die ganze Welt hierfür benötigt. Es werde von Zusatzinvestitionen von 11 Mrd. Euro allein für Stuttgart gesprochen. Der Auftrag des Gutachtens habe beinhaltet, das Ziel der Klimaneutralität in der LHS und nicht in der Welt zu betrachten. Woher die Gelder kommen sollten, sei ihm nicht klar, so StR Zaiß. In dem Gutachten sei im Zusammenhang mit der Landwirtschaft der Begriff Treibhausgase aufgeführt. Es stelle sich die Frage, welche Treibhausgase in der Stuttgarter Landwirtschaft bestünden. Schließlich existierten lediglich noch drei oder vier viehhaltende Betriebe, die möglicherweise Treibhausgase erzeugten. Alle anderen Betriebe produzierten Sonderkulturen und Gemüse. Die

Produkte würden ortsnahe vermarktet, und dadurch reduzierten sich als großer Vorteil die Transportwege. Gestern sei ein Ticket für das gesamte Land Baden-Württemberg beschlossen worden, mit dem alle Jugendlichen fahren könnten. Es stelle sich die Frage, ob diese Entscheidung falsch gewesen sei, da der Verkehr reduziert werden solle. Der Automobilindustrie müsse mitgeteilt werden, sie müssten ihre Produktion um einen Großteil zurückstecken. Ebenso müsse dann der Arbeiterschaft in den Zulieferbetrieben erklärt werden, dass ihre Arbeitsplätze überflüssig seien. Zudem müsse den Menschen klargemacht werden, dass ihre Reisetätigkeit an Wochenenden gestrichen sei und es verboten sei, in den Urlaub zu fliegen. Beispielsweise finde am Samstag das Lichterfest auf dem Killesberg statt. Auch hierzu müsse den Menschen klargemacht werden, dass der Besuch untersagt sei. Die Bedeutung dieser Konsequenzen für die Menschen müssen deutlich werden: Als Fazit würden sämtliche Errungenschaften der letzten 50 Jahre zurückgedreht. Diese Einschnitte müssten der Bürgerschaft vermittelt werden.

Hinsichtlich der 14 aufgerufenen Fernwärmenetze in der LHS befinde sich lediglich eins vor der Bauphase. Es stelle sich die Frage, wieviel Energie die Herstellung der Gebäudeisolation verbrauche, und zudem müsse ausgerechnet werden, welche Kosten die Dämmwerte und Dämmungen verursachten. Dieses stelle einen immens hohen Betrag dar. In dem Gutachten sei der Stuttgarter Wald aufgeführt. Allerdings werde nicht dargestellt, dass sich der Wald im Umbau befinde und große Teile hiervon bereits umgebaut worden seien. StR Kotz habe ausgesagt, der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl habe damals sinngemäß ausgesagt, die Wiedervereinigung sei machbar. Allerdings sei bis zum heutigen Zeitpunkt noch keine Gleichheit erreicht worden. Dies zeige das Zeitfenster auf: Während die Aussage von Kohl bereits 34 Jahre zurückliege, sei die Wiedervereinigung immer noch nicht vollendet. Dagegen solle nun in rund 13 Jahren die Energiewende unter großer Einschränkung der Bürgerschaft erreicht werden. Davon gehe er nicht aus, da sich die Bevölkerung an der Umsetzung dieses Ziels nicht beteilige. Es sei ausgesagt worden, der Prozess solle sozial abgefedert werden. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, mit welchen finanziellen Mitteln diese Abfederung geschehen solle. Jeder einzelne müsse in diesem Fall zurückstecken, was vielen nicht bekannt sei. Die Gelder für die Maßnahmen fehlten an anderer Stelle. Viele Menschen in den Vierteln interessierten sich nicht einmal für die Tätigkeit des Gemeinderats.

Die deutsche Einheit sei intellektuell leichter zu bewältigen gewesen als die Umsetzung der Klimaneutralität, so StR Köhler (AfD). Das nach seiner Auffassung anstehende Großprojekt sei weit in die Zukunft gerichtet. Zu einem späteren Zeitpunkt werde es in eine Amortisierungsphase eintreten. Man müsse sich mit der Kritik beschäftigen, dass das zukünftige Umfeld mit Unsicherheiten behaftet sei. Die Energiepreise würden zwar nicht sinken, aber es müsse hierbei das zukünftige energiepolitische Umfeld betrachtet werden. Angesichts des Wiederanspringens der Kohlekraftwerke schaffe es die EU nicht, diese Kraftwerke innerhalb der EU-Länder wie z. B. Polen abzuschalten. Dafür sei es leichter, den Automotor zu verbieten. Grundsätzlich befinde sich das energiepolitische Umfeld im Fluss. Ein zunehmendes Bewusstsein für die Energieautarkie sei festzustellen. So werde über das Fracking zumindest schon berichtet, jedoch werde dies noch abgeblockt. Es sei nicht absehbar, wie die energiepolitische Zukunft des Landes oder der EU aussehe. Dies könne von einer Präsidentenwahl abhängen. Angesichts der Umfeldbedingungen sei ein derartiges Zukunftsprojekt zwangsläufig mit großer Unsicherheit belastet. Bei weiteren Entwicklungen stelle sich die Frage, ob diese in die Zeit passten. So sorgten sich derzeit die Menschen, ob genügend Gas zum Beheizen ihrer

Wohnungen vorhanden sein werde. Gleichzeitig werde der Beschluss zur Klimaneutralität gefasst. Dies atme den Geist eines "Wolkenkuckucksheims".

Angesichts des Fachkräftemangels müsse der Wohnungsneubau starke Rückgänge verkraften, was ein im Vergleich zur Vergangenheit völlig neues Umfeld darstelle. Dies sei bei der gedanklichen Entstehung des Großprojekts der Klimaneutralität nicht absehbar gewesen. Ein weiterer Kritikpunkt ergebe sich in der Komplexität der dargestellten Prozesse. Es sei ausgesagt worden, das Ziel werde über den Einsatz von Wasserstoff oder immense Sanierungsquoten erreicht. Energetische Sanierungen seien stets enorm kostspielig und teilweise teurer als ein Neubau. Ebenso sei die angesprochene Verkehrsreduktion nicht leicht umsetzbar. Von Projekt zu Projekt werde sich träge an Komplexitäten entlanggehängt. Dies könne nicht über einen Parforceritt mit der dargestellten Präsentation mit rund 80 Folien bewältigt werden. Letztendlich beinhalte die Verabschiedung der Vorlage eine politische Funktion, und es bestehe hieraus ein gewisser politischer Profit, der bei der CDU spürbar werde. Dies sei zwar nachvollziehbar, aber es werde ein politisches Kapital ohne Haftung hieraus geschlagen, da die Prozesse sehr langfristig seien. Zur politischen Verantwortung werde angesichts derartig langer Zeiträume kein Stadtrat mehr gezogen. Eine Finanzierungskonzeption zum Stemmen des Projekts habe er nicht erkennen können.

Herr Staritzbichler (Jugendrat) betont, die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 sei keine Möglichkeit, sondern eine Notwendigkeit. Die Kurzstudie habe - begrenzt auf Stuttgart und die wirtschaftlichen Aspekte - aufgezeigt, dass sich die Klimaneutralität lohne. Die unzähligen globalen, durch die Klimakrise ausgelösten humanitären Krisen würden jedoch nicht betrachtet, sondern lediglich die wirtschaftlichen Daten für Stuttgart. Es werde nicht betrachtet, dass durch die Klimakrise Millionen Menschen ihr Zuhause verlassen müssten und schwer ermessbares Leid verursacht werde. Falls dieser Aspekt in Betracht gezogen werde, gebe es lediglich eine logische Konklusion: Die LHS müsse spätestens im Jahr 2035 die Klimaneutralität erreichen. Dieses Ziel sei in keinem Fall ideal und nicht wirklich ambitioniert. Es werde weder die globale Vernetzung Stuttgarts betrachtet noch die Autobahn oder der Flughafen. Der Beschluss zeige jedoch eine Anerkennung der Verantwortung der Stadt Stuttgart. Umso wichtiger sei es, dieses Minimalziel einzuhalten. Dies bedeute im Zweifel ebenso aktuelle Einschränkungen der Freiheit, beispielweise für Autofahrende, zum Wohl der zukünftigen Freiheit und der kommenden Generationen.

In den Gesprächen mit der Stadt und dem Gemeinderat sei häufig ausgesagt worden, Landes- oder Bundesregelungen verhinderten wichtige Reformmaßnahmen wie beispielsweise die Solaranlagen auf Dächern. Die Fraktionsmitglieder*innen im Gemeinderat seien jedoch nicht von diesen Ebenen unabhängig. Sie könnten parteiintern die Interessen und Bedürfnisse für die Stuttgarter Klimaneutralität weiterleiten. So könnte den Kollegen*innen auf Bundesebene die Notwendigkeit von Veränderungen klargemacht werden. Eine gesellschaftliche Integration sei essenziell. Es sei sehr zu begrüßen, dass der Jugendrat aktiv und gleichberechtigt beteiligt werden solle. Allerdings sei eine Jugendpartizipation damit nicht abgehakt: Die Schüler*innen müssten von den Stadträt*innen direkt angesprochen werden. Die Schüler*innen müssten erkennen, dass die Politik sie anhöre und integriere. Herr Staritzbichler schlägt vor, die Stadträt*innen sollten Schulen besuchen und die aktuelle Lokalpolitik erklären. Dabei sollten die Wünsche und Forderungen ernst genommen werden, und der Austausch solle sich nicht lediglich auf Klimaschutz beschränken. Möglicherweise könne somit der Wahrnehmung vieler Jugendlichen entgegengetreten werden, die Politik kümmere sich nicht um sie. Ebenso sei die

breite Mehrheit für den Klimaschutz positiv zu bewerten. Allerdings müsse diese Mehrheit den Klimaschutz auch konsequent angehen und Klimagerechtigkeit schaffen. Dies bedeute, das Minimalziel nicht verfehlen zu dürfen, da es sich um die aktuell größte und bedrohlichste Krise der Menschheit handle.

Der Beschluss sei auch deshalb als historisch zu bezeichnen, da eine vorher nicht absehbare Einigkeit bestehe, so StRin Schanbacher (SPD). Noch vor einem Jahr seien die Meinungen über dieses Thema stark voneinander abgewichen. Die FDP springe über ihren Schatten beim Thema PV-Anlagen auf Dächern, und die CDU gehe einen wichtigen Schritt in Richtung Klimaneutralität. Die noch offenen Fragen müssten bis zum 27.07.2022 beantwortet werden und eine Nachschärfung erfolgen. Es stelle sich die Frage, wie die Bürgerschaft in Bezug auf die Klimaanpassung eingebunden und wie die sozialen Antworten auf die Klimawende gegeben werden könnten. Zudem müssten diese Themen umgesetzt werden. Bei vielen Wortbeiträgen habe der Fokus auf dem wichtigen Aspekt des Klimaschutzes gelegen. Allerdings seien hierbei die Rahmenbedingungen und der Spielraum relativ eng bemessen. Lediglich 1 % des CO₂-Ausstoßes gehe von den städtischen Liegenschaften aus. Weitere Maßnahmen müssten die Bürgerinnen und Bürger sowie die Betriebe und die Industrie bewältigen. Daher müsse deutlich mehr motiviert als selber gehandelt werden. Dagegen stelle sich der Sachverhalt bei der Klimaanpassung gerade umgekehrt dar: In diesem Bereich könne die Stadt selbstbestimmt umgebaut werden, um die Hitzetage besser ertragen zu können. Dieser Aspekt sei angesichts der kürzlich erreichten 38 Grad Celsius Höchsttemperatur wichtig. Falls die doppelte Anzahl an Hitzetagen im Jahr 2050 erreicht würde, sei dies erst der Anfang der Entwicklung. Ebenso müssten Angebote für vulnerable Gruppen beispielsweise in Alten- und Pflegeheimen geschaffen werden, um ihnen Hilfe bei diesen Hitzetagen zu bieten. Schlussendlich gehe es bei diesem Thema um Menschenleben: Im Jahr 2019 seien bereits rund 2.000 Menschen an Hitzetod gestorben. Ihr seien jedoch auch deutlich höhere Zahlen bekannt, so StRin Schanbacher.

Das städtische Ökosystem wie beispielsweise die Stadtparks müssten an den Klimawandel angepasst werden. Einfach mehr zu bewässern könne keine Lösung sein, da das Wasser ein begrenzter Faktor sei. Es müsse klar priorisiert werden, wer zu welchem Zeitpunkt gießen dürfe. Aus der aufgezeigten Präsentation werde deutlich, dass zahlreiche Maßnahmen weder finanziell noch strukturell unterfüttert seien.

Auf die Wortbeiträge von StR Kotz und StR Zaiß eingehend, betont Herr Körner, ihm sei ein populäres Zitat von Altbundeskanzler Kohl bekannt. ("Entscheidend ist, was hinten rauskommt."). Diesen Aspekt könne er weiteren Wortbeiträgen entnehmen. Die Diskussion sei aus seiner Sicht sehr motivierend gewesen. Ein Grundgedanke des ambitionierten Ziels der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 laute, dass die Zielerreichung nicht einfach sei, aber dadurch eine positive Aufbruchstimmung motivierend erzeugt werde. Die Zeit solle bis zum 27.07.2022 genutzt werden, und dankenswerterweise seien Hinweise bis zu diesem Zeitpunkt gegeben worden. Ob eine zweite Vorlage mit dem Inhalt der Beschlussantragsziffer 2 wie vorgeschlagen nötig sei, sei schwer zu beurteilen. Der entscheidende Punkt sei jedoch angekommen: Es gehe um eine wichtige Entscheidung mit einer weitreichenden Bedeutung, die auch deutlich gemacht werden solle. In der Vorgeschichte ergebe sich der heutige Beschluss aus dem Ansatz "Fortschreibung Aktionsprogramm" im September letzten Jahres. Mit dem über 200 Mio. umfassenden Aktionsprogramm sei in Bezug auf eine effektive Klimawirkung mit einer Reduktion von lediglich 0,1 Mio. Tonnen CO₂ kein Durchbruch erzielt worden, so Herr Körner. Vielmehr seien weitere Maßnahmen erforderlich. Mit der Aufstellung eines Fahrplans sei ein Per-

spektivenwechsel vollzogen worden. Einige der Daten seien in einer Sitzung des AKU im September vorskizziert worden. Der ein oder andere dort von der Verwaltung vorgestellte Wert wie die Verdreifachung der Sanierungsquoten sei im Klimafahrplan enthalten. Derzeit werde projektbezogen vorgegangen und die entsprechenden Handlungsfelder betrachtet. Hierbei werde für die einzelnen Maßnahmenbereiche ein konkretes Projektmanagement benötigt. Bei den Maßnahmen M1 bis M4 im Strombereich seien 44 % laut Gutachten von McKinsey zu erreichen. Dieser Wert decke sich in dieser Größenordnung mit den Zahlen des AfU. So zügig wie möglich müsse entschieden werden, ob die SWS stärker als bisher in die Ökostromerzeugung innerhalb und außerhalb der LHS investierten. Der Bundestag habe am gestrigen Tag einen großen Aufschlag gemacht und die Rahmenbedingungen für diesen Bereich enorm verbessert. Zudem habe das Land eine Windkraftoffensive ausgerufen, an der sich die SWS beteiligen könnten. Hinsichtlich des Themas Wärme habe Frau Gairing von den SWS ausgesagt, es könne zwar viel über Wärmenetze diskutiert werden, aber zunächst müssten die Wärmequellen lokalisiert werden. Diese müssten unter allen Umständen erschlossen werden, und die SSB seien hierbei miteinzubeziehen.

In Bezug auf mehrere Wortmeldungen, die sich auf die Einbeziehung der Bürgerschaft bezogen haben, betont Herr Körner, von den veranschlagten Kosten in Höhe von 11 Mrd. Euro werde der größte Teil beispielsweise bei der energetischen Gebäudesanierung von Eigentümerinnen und Eigentümern aufzubringen sein. Daher müssten Gespräche mit "Haus und Grund" geführt werden. Zudem sei das Ziel, im Bündnis für Wohnen vertragliche Vereinbarungen mit den Wohnungsunternehmen zu treffen, wofür eine Offenheit bestehe. Der Maßnahmenbereich der Mobilität schlage zwar lediglich mit 14 % zu Buche, sei aber wichtig. Hierzu werde die Verwaltung konkrete Maßnahmen im Klimamobilitätsplan vorlegen. Herr Hagel und Herr Kolb (beide S/OB) würden unter TOP 1 der heutigen Sitzung eine Vorlage zu diesem Thema vorstellen, da vor allem Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität benötigt werde. Hinsichtlich der Klimaanpassung würden derzeit Herr Kapp (AfU) sowie zahlreiche Mitarbeiter*innen im Referat T das Klimax 2.0 (Klimaanpassungskonzept) bearbeiten. Eine große Anzahl der von McKinsey vorgestellten Maßnahmenpakete würden sich hierin wiederfinden, und die Verwaltung wolle diese so rasch wie möglich vorstellen.

Bei der Frage der Technologie bestehe Einigkeit, dass diese notwendig sei. Daher bearbeiten in der Stabsstelle Klimaschutz Herr Diederich und Frau Mok innovative Technologien und Ansätze. Dieser Themenbereich sei mit 10 Mio. Euro ausgestattet worden. In dem Zeitraum von 13 Jahren bis zum Ziel der Klimaneutralität werde man auf Innovationen angewiesen sein. Dabei müsse Neues gewagt und geschaffen werden. Der Aspekt der Kommunikation sei in einigen Wortbeiträgen zu Recht angesprochen worden. Frau Widmann und Frau Kloss (beide S/OB Klimaschutz) hätten zentral an der Kampagne "#klimachen" gearbeitet. Die beiden Mitarbeiterinnen könnten sehr eindrücklich schildern, wie erfolgreich diese Kampagne bislang gelaufen sei und wie viele Menschen erreicht worden seien. Zudem sei eine sehr gute Vernetzung aufgebaut worden. Dabei werde er die Hinweise von StR Ozasek mitaufnehmen, so Herr Körner. Zum Thema Kommunikation gehöre ebenso der Rat der Bürgerinnen und Bürger, der vom Gemeinderat beschlossen worden sei. Es müsse klar geregelt werden, welche Aktivitäten zu den einzelnen Maßnahmen durchgeführt werden sollten. Es dürfe nicht geschehen, dass der Gemeinderat und die Verwaltung wichtige Entscheidungen trafen und danach erst den Bürger*innenrat darüber informierten. Es müsse beispielsweise geklärt werden, welche Maßnahmen sehr strittig oder von großer Bedeutung seien. Diese Maßnahmen müssten ausdrücklich proaktiv in diesem Bürger*innenrat zur Diskussion gestellt wer-

den. Bedauerlicherweise werde der Bürger*innenrat erst im November starten. Herr Wipfler (S/OB Klimaschutz) bearbeite dieses Thema und sei erst seit 28.06.2022 bei der LHS angestellt.

Den Vorschlag zum weiteren Beratungsverlauf habe er in der Art und Weise aufgefasst, diesen TOP erneut in der STA-Sitzung am 19.07.2022 zu behandeln und mit diesem TOP ein zweites Mal in der STA-Sitzung am 26.07.2022 vorstellig zu werden. In der VA- und GR-Sitzung am 27.07.2022 solle die Beschlussfassung in einer dem Thema angemessenen Form erfolgen. Die Verwaltung werde die Zeit bis zu diesen Terminen nutzen, und beispielsweise Herr Kohlmeyer und Frau Krüger (beide S/OB Klimaschutz) sowie Herr Dr. Görres (AfU) würden die Themen motiviert weiterbearbeiten. Dem Oberbürgermeister sei nicht lediglich die Planung, sondern die Umsetzung der Maßnahmen sehr wichtig, so Herr Körner.

StR Winter betont, die Verlängerung des Beratungsverlaufs sei positiv zu bewerten. In der Sitzung des Gemeinderats am 27.07.2022 solle der Beschluss zur Klimaneutralität das Hauptthema darstellen. Angesichts der Aussagen zur historischen Bedeutung des Beschlusses sowie dessen großer Bedeutung für den Oberbürgermeister würde er eine Teilnahme von OB Dr. Nopper an der heutigen Sitzung begrüßen, betont StR Winter. Seine Ausführungen zur Verbindlichkeit hinsichtlich des Klimavorbehalts und des Budgets seien nicht nur seiner Fraktion wichtig, sondern diese sollten ebenso in der Vorlage erscheinen. Vergleichbar sei vor einiger Zeit im Zusammenhang mit dem Thema "Weltklima in Not" an einer Präambel gearbeitet worden. Ebenso sollte der Hinweis auf die endlichen Budgets aufgenommen werden. Hinsichtlich der Beschlussantragsziffern 1 und 2 sei es nicht notwendig, eine neue Vorlage zu erstellen, sondern eine Art Präambel mit einer Anlage über den Aspekt des Klimavorbehalts sei ausreichend. Dieses sei der Tragweite des Beschlusses angemessen.

StRin Schanbacher betont, sie wolle sowohl auf den Antrag ihrer Fraktion hinweisen als auch auf die Frage der Behandlung der angesprochenen Punkte eingehen. Herr Körner habe ausgeführt, die Verwaltung wolle die Zeit bis zum 27.07.2022 nutzen. Sie äußert den Wunsch, die in dem Antrag ihrer Fraktion aufgeworfenen Fragen ebenso bis zu diesem Termin zu beantworten (u. a. soziale Antworten auf das Thema Klimawandel, Organisationsstruktur, Einbindung der Bürgerschaft usw.).

Eingehend auf eine Anmerkung von StR Rockenbauch betont BM Pätzold, die Verwaltung habe angesichts der Bedeutung des Themas die Aufgabe, die Vorlage erneut zu überarbeiten. Dennoch wolle er die Vorberatung mit einem deutlichen Zeichen voranbringen.

StR Zaiß erkundigt sich hinsichtlich Punkt 2 der Vorlage (Austausch der alten Ölheizungen), ob aktuell hierüber ein Beschluss gefasst werden könne oder ob dieser Punkt aus der Vorlage herausgenommen werden könne. In der jetzigen Situation könne man über jede verfügbare Wärmequelle erfreut sein. Falls der Austausch alter Ölheizungen gefördert werde, sei dies ein verkehrtes Vorgehen.

Im Verlauf der Sitzung werde zu dem Antrag ein mündlicher Bericht erfolgen, betont BM Pätzold. Er schlägt vor, diesen TOP ohne Abstimmung in den weiteren Beratungsverlauf zu verschieben.

StR Dr. Jantzer weist dagegen auf die Wichtigkeit einer Abstimmung hin. Diese könne auch mit einer Maßgabe erfolgen, um der Verwaltung Raum für eine Nachjustierung Bis Ende des Monats zu geben.

Vorberatungen dienten dazu, so BM Pätzold, Anregungen zur Vorlage in der Diskussion mitaufzunehmen. Die Endabstimmung finde am 27.07.2022 statt. Zum Thema der Ölheizungen werde die Verwaltung im Verlauf der Sitzung am 27.07.2022 Aussagen treffen.

StR Winter erkundigt sich, ob sich dies angesichts der beiden STA-Sitzungen in der laufenden Beratung zeige und ob die Verwaltung Vorschläge zur Vorlage unterbreite und dies als Maßgabe festgehalten werde.

Er sehe eine deutliche Mehrheit für das Klimaneutralitätsziel 2035, so BM Pätzold. Die Vorlage werde ohne Abstimmung in den weiteren Beratungslauf verschoben mit den in der heutigen Sitzung diskutierten Maßgaben und Anmerkungen. Die Verwaltung werde versuchen, dies in die Vorlage einzuarbeiten. Allerdings müsse geprüft werden, wie dies in der weiteren Beratungsreihenfolge berücksichtigt werden könne, da die STA-Sitzung umfassende TOPs beinhalte. Falls es möglich sei, müsse die Sitzungsdauer des STA am 26.07.2022 verlängert werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen geäußert werden, stellt BM Pätzold fest:

Mit der Maßgabe, die Anregungen der Diskussion in die GRDRs 397/2022 einzuarbeiten, verschiebt der Ausschuss für Klima und Umwelt diesen Tagesordnungspunkt ohne Votum zur Weiterbehandlung in einen veränderten Beratungsverlauf (STA am 19.07.2022 und 26.07.2022 sowie Verwaltungsausschuss und Gemeinderat am 27.07.2022).

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
Strategische Planung
S/OB-Mobil
Klimaschutz
weg. STA, STA, VA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Referat SOS
 5. Referat JB
 6. Referat SI
 7. Referat SWU
 8. Referat T
 9. Amt für Revision
 10. L/OB-K
 11. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand